

Protokoll der Gemeindeversammlung Rechnung 2022

Datum	26. Juni 2023
Zeit	19:30 – 21:50 Uhr
Ort	Aula Kantonsschule, Romanshorn
Vorsitz	Roger Martin, Stadtpräsident
anwesend	175 Stimmberechtigte / Absolutes Mehr 88
Stimmenzähler/innen	Susanna Pfiffner Yvette Fischer Karin Fink
Protokoll	Fabio Bottega, Stadtschreiber

Traktanden

1. Geschäftsbericht und Rechnung 2022 der Politischen Gemeinde Romanshorn
2. Rechnung 2022 des Regionalen Pflegeheims Romanshorn
3. Kreditabrechnung Unterhalt Steganlagen Inseli- und Bootshafen
4. Teilzonenplan Mehrzweckhalle
5. Nachführung des Rahmennutzungsplans (Anpassung Zonenplan und Baureglement)
6. Mitteilungen und Umfrage

1. Geschäftsbericht und Rechnung der Politischen Gemeinde für das Jahr 2023

Sachverhalt

Pünktlich begrüsst der Stadtpräsident Roger Martin alle Anwesenden der Versammlung. Er macht zu Beginn Hinweise zur Versammlungsführung und zur Traktandenliste. Er stellt fest, dass die Einladung sowie Zustellung der Traktanden fristgerecht erfolgt ist. Der Stadtpräsident stellt danach die Traktandenliste zur Diskussion.

Stefan Fässler

Er meldet sich zu Wort und stellt einen Ordnungsantrag. Er wünscht zum Traktandum 5 (Rahmennutzungsplan) eine geheime schriftliche Abstimmung. Es gehe ihm hier um die Gärtnerei Fässler und nicht um die Mehrzweckhalle.

Der Stadtpräsident nimmt diesen Antrag zur Kenntnis und erklärt, dass die offene Abstimmung über die beantragte geheime Abstimmung (benötigt mind. $\frac{1}{4}$ der anwesenden Stimmberechtigten gemäss Art. 16 Gemeindeordnung) vor dem entsprechenden Traktandum erfolgt. Zu diesem Zeitpunkt ist die genaue Anzahl der Stimmberechtigten bekannt, welche aktuell noch ausgezählt werde.

Der Stadtpräsident erläutert den weiteren Ablauf der geplanten Traktanden. Er stellt die Traktanden sowie den Ablauf zur Diskussion.

Hans Gächter

Er meldet, dass die Traktandenliste gemäss Botschaft nicht mit der Präsentation übereinstimme. Das Missverständnis klärt sich rasch, da in der gezeigten Präsentation der "Rückblick 2022" als separater Punkt aufgeführt ist und dieser eigentlich zur Rechnung 2022 gehört. Der Stadtpräsident entschuldigt sich für die Verwirrung.

Der Stadtpräsident beginnt danach seine Ausführungen zum Jahresrückblick 2022. Er nennt diverse Projekte, an welchen der Stadtrat sowie die Verwaltung gearbeitet haben. Er erwähnt folgende Themen und führt dazu einige Erläuterungen aus; Vorbereitung Teilkraftsetzung Rahmennutzungsplan, Gesamtverkehrskonzept, Neugestaltung Bahnhofplatz, BGK Bahnhofstrasse, Neues Stadthaus, Hafenhotel und Hafenpromenade, Hafenpark Süd, Agglo-Programm 5. Generation, Kauf der Liegenschaften Salmsacherstrasse sowie Sternenplatz, Re-Audit Energiestadt, Seewasserthermie, etc.

Anschliessend fährt er weiter und geht zur Rechnung 2022 über.

Erfolgsrechnung 2023

Der Stadtpräsident beginnt mit der Präsentation der Erfolgsrechnung 2022. Er teilt mit, dass das Jahr 2022 ergebnistechnisch sehr erfolgreich war. Es resultierte ein sehr positives operatives Ergebnis von rund 2,8 Mio. Franken und ein positives Gesamtergebnis von rund 3 Mio. Franken. Man habe den Budgetwert sozusagen verhundertfacht, was sehr erfreulich sei. Er geht danach auf die Ergebnisentwicklung ein und teilt mit, dass diese in Zukunft wohl eher etwas abnehmen wird. Der Stadtpräsident erklärt danach die massgeblichen Änderungen in der Rechnung 2022 gegenüber dem Budget 2022. Aus diesen Abweichungen erklärt sich die Differenz, welche zum positiven Rechnungsabschluss geführt haben.

Er führt danach durch die diversen Kontobereiche und führt Einzelheiten zu diesen Zahlen aus. Weiter tätigt der Stadtpräsident graphische Vergleiche zwischen der Entwicklung der Einwohnenden und den damit zusammenhängenden Kosten sowie zur Steuerkraft. Sehr erfreulich sei die Steuerkraftveränderung im Vergleich zu den grössten Thurgauer Städten (G6). Romanshorn konnte im Jahr 2022 nämlich mit total rund 7 % Zunahme an Steuerkraft den grössten Sprung machen und nähert sich somit den anderen grösseren Städten leicht an. Er erwähnt, dass der Zuwachs der Steuerkraft im Kantonsmittel bei -0.41 lag. In Arbon war dieser +3,7% und in Amriswil resultierte sogar eine Abnahme von rund -5%. Die Kehrseite der Medaille sei aber, dass man bei anhaltender Entwicklung in diese Richtung, längerfristig im kantonalen Finanzausgleich weniger profitieren könne.

Der Stadtpräsident zeigt danach auf, wo die Stadt überhaupt Kosten beeinflussen könne und wo nicht. Er zeigt anhand von Beispielen die Unterschiede zwischen den gebundenen und nicht gebundenen Ausgaben detailliert auf. Als Fazit erwähnt er, dass die Manövriermasse zur Kostensenkung relativ gering sei.

Investitionsrechnung 2022

Zur Investitionsrechnung erklärt er, dass die Investitionstätigkeit in den letzten Jahren immer gegen 3 Mio Franken lag, ausgenommen sei das Jahr 2019, welches etwas tiefer liege, wohl aufgrund des damaligen Legislaturwechsels. Weiter führt er aus, dass die Investitionen aufgrund der anstehenden Projekte in den kommenden Jahren tendenziell zunehmen werden. Nach dem Gesamtüberblick der letzten Jahre geht er detailliert auf das Jahr 2022 ein und erläutert die getätigten Investitionen.

Der Stadtpräsident teilt mit, dass die präsentierten Zahlen per Ende 2022 zu einem Bilanzüberschuss resp. Eigenkapital von rund 14,4 Mio Franken und einem Nettovermögen von rund 7,6 Mio Franken geführt haben. Der Selbstfinanzierungsgrad über die letzten zehn Jahre liege derzeit bei rund 93 %.

Im Anschluss an die Gesamtpräsentation der Rechnung 2022 geht der Stadtpräsident einzeln Seite für Seite durch die Detailpositionen der Rechnung 2022 und ermöglicht dazu Fragestellungen.

Fragen und Wortmeldungen:

Hans Gächter:

Er möchte wissen, wieso der 50 % Preisaufschlag im Seebad vorgenommen wurde. Dies sei doch kein Verhältnis zum Defizitbetrag und führe im Verhältnis nur zu viel Unmut.

Der Stadtpräsident erklärt, dass der Aufschlag nicht auf die Eintrittspreise erfolgte, sondern nur auf die Nebenpreise wie die Miete von Kästchen oder Umkleiden. Er hält fest, dass die Preise in diesem Bereich schon Jahre lang gleichbleibend seien und dass man hier gegenüber Nachbargemeinden Aufholbedarf gehabt hatte. Die Eintrittspreise werden aber ein Thema bleiben und werden den Stadtrat auch künftig beschäftigen. Der Stadtrat sei hier am Thema dran.

Hans Gächter

Er möchte weiter anmerken, dass die Pachtpreise bei der Hafenpromenade für die gastronomischen Zwischennutzungen (Gustav Kahn, Hafenlounge, Kleines Café, etc.) pro m²/ 4.-Fr. anstelle von m²/ 1.-Fr. sein könnten. Der Preis sei auch an anderen Orten wesentlich höher.

Der Stadtpräsident erklärt, dass die Preisgestaltung sehr heikel sei, da man den Betreibern aufgrund der geplanten Projekte auch wenig Sicherheiten in Bezug auf mögliche Investitionen geben könne und die Stadt grundsätzlich die Angebote bis zur Umsetzung der geplanten Projekte aufrechterhalten möchte. Weiter teilt er mit, dass gerade bei Gustav Kahn der Erfolg nicht von anfang an klar war und dass man den Preis zu einem späteren Zeitpunkt bei Weiterführung des Angebots nochmals anschauen werde. Ziel sei aber ganz klar, dass man mit den Zwischennutzungen nicht das grosse Geld verdienen möchte, sondern vielmehr, dass man ein attraktives Angebot für die Einheimischen sowie den Tourismus habe, was deutlich mehr Wertschöpfung einspielen dürfte.

Hans Gächter

Er fragt, ob es richtig sei, dass die Planungskosten für die Kreuzung Allee- und Hafenstrasse 33'000.- Franken kostete?

Der Stadtpräsident teilt mit, dass dies so sein dürfte, wenn diese so ausgewiesen seien. Er könne dies auswendig nicht beantworten.

Hans Gächter

Weiter erkundigt sich Hans Gächter über den Stand der Parkplätze beim EZO. Wann sollen diese bewirtschaftet werden? Wie weit sei das Parkierungskonzept?

Der Stadtpräsident teilt mit, dass das Parkierungskonzept aktuell ausgearbeitet werde. Bis Ende Jahr 2023 sollte hier mehr bekannt gegeben werden. Die Intension, diesen Parkplatz künftig zu bewirtschaften, sei aber vorhanden.

Felix Meier

Er spreche im Namen der SP Romanshorn. Er merkt an, dass es sehr ärgere sei, wie man mit dem Thema über die verpassten Subventionen bei der Beschaffung der Feuerwehrfahrzeuge (rund 150'000.- Franken) umgegangen sei. Es gehe der SP nicht darum, fehlbare Personen an den Pranger zu stellen, sondern vielmehr um die Kommunikation der Stadt, welche seiner Auffassung nach verfehlt war. Schlussendlich gehe es auch um das Vertrauen, welches dem Stadtrat entgegengebracht werde.

Der Stadtpräsident erwidert, dass der Stadtrat umgehend nach Auftauchen dieses Fehlers eine vertiefte Analyse der Situation vorgenommen habe, auch habe man Haftungsfragen mit entsprechenden Experten geklärt. Von einer Haftungsklage wurde aber abgesehen, weil diese schlussendlich gegen die Stadt als Arbeitgeber gerichtet hätte werden müssen, was schlichtweg unsinnig gewesen wäre. Es werden intern diverse Verbesserungsprozesse angegangen und auch seitens Kanton würden künftig diese Schreiben bezüglich Subventionszusicherung auch an die Stadt versandt und nicht mehr ausschliesslich der Feuerwehr.

Felix Meier betont nochmals, dass es ihm nicht um Schuldige gehe, sondern um eine offensive Kommunikation und eine transparente Mitteilung seitens des Stadtrates. Von allen diesen Abklärungen etc. habe man nichts vernommen.

Der Stadtpräsident erwidert und ist komplett anderer Meinung, man habe umgehend über dieses Thema im Seeblick informiert und es sei absolut keine Mausehelei gewesen. Hätte der Stadtrat dies unter den Tisch wischen wollen, hätte dies wohl niemand bemerkt. Da es sich um Steuergelder handelt, war dies für den Stadtrat aber zu keinem Zeitpunkt eine Option, und so habe der Stadtrat umgehend, aktiv und transparent über den entstandenen Schaden sowie die Sachlage informiert. Eine weitere Transparenz hätte man höchstens erwirken können, indem man die Schuldigen erwähnt hätte und an den Pranger gestellt hätte. Dies bringe aber niemanden etwas, man habe jetzt die Lehren daraus gezogen. Das Zeitungsinterview der Ressortvorstehenden oder vor allem die Wiedergabe im erwähnten TZ Artikel sei möglicherweise nicht glücklich gewesen.

Im Anschluss an die Ausführungen des Stadtpräsidenten möchte die damalige Ressortvorstehende, Melanie Zellweger, noch ein paar Worte über die Ereignisse festhalten. Sie geht nochmals detailliert auf die Entstehung dieses Schadens ein und erläutert die unternommenen Schritte seitens des Ressorts und der Verwaltung. Ebenfalls erwähnt sie die bereits getroffenen Verbesserungsmassnahmen bei solchen Prozessen. Weiter merkt sie an, dass auf die damalige Frage der Thurgauer Zeitung bezüglich dem Stand der Spezialfinanzierung ihrerseits eine sachliche Auskunft gegeben wurde und mehr nicht. Sie stellt richtig, dass die Aussage über das gute finanzielle Polster sich nicht direkt auf die entgangenen Subventionen bezogen habe.

Sie entschuldigt sich nochmals in aller Form für den entstandenen Fehler, was mit Applaus quittiert wird.

2. Rechnung 2022 des Regionalen Pflegeheims Romanshorn

Der Ressortvorsteher Roman Imhof präsentiert danach die Zahlen zum Rechnungsabschluss des Regionalen Pflegeheims Romanshorn. Diese sind integrierender Bestandteil der Gemeinderechnung. Er bedankt sich als erstes bei sämtlichen Mitarbeitenden für die Arbeit im Jahr 2022. Danach fährt er fort und präsentiert die wichtigsten Zahlen des Pflegeheims. Er teilt mit, dass nach Aufhebung der Pandemiemassnahmen im Frühjahr 2022 ein erfreulicher Rechnungsabschluss mit einem positiven Resultat von rund 410'000 Franken erwirtschaftet werden konnte. Das Eigenkapital beträgt per Ende 2022 nun rund 1,67 Mio Franken. Er bedankt sich für das Vertrauen und die Unterstützung der Bevölkerung.

Der Stadtpräsident übernimmt wieder das Wort und macht einzelne Ausführungen zum Pflughausfonds. Dieser hat im Jahr 2022 aufgrund des ungünstigen Zinsumfeldes um rund 80'000 Franken abgenommen. Unterstützungsgesuche wurden keine behandelt.

Der Stadtpräsident eröffnet nochmals das Wort für Fragen zur Rechnung 2022 der Gemeinde. Diese wird nicht benutzt. Vor der ersten Abstimmung gibt er anschliessend die Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten am heutigen Abend bekannt. Diese beträgt 175 Personen. Das absolute Mehr beträgt somit 88 Stimmen.

Er schreitet zu den Anträgen des Stadtrates voran und lässt über die Rechnung 2022 abstimmen.

Die Rechnung der Politischen Gemeinde Romanshorn 2022 wird einstimmig genehmigt.

Die Rechnung des Pflughausfonds 2022 wird ebenfalls einstimmig genehmigt.

3. Kreditabrechnung Unterhalt Steganlage Insel- und Bootshafen

Die Ressortvorstehende Celina Hug präsentiert die Kreditabrechnung für den Unterhalt der Steganlagen sowie Insel- und Bootshafen. Sie geht detailliert auf die Zahlen der Abrechnung ein und erklärt die entsprechenden Mehr- oder Minderaufwände. Anschliessend eröffnet sie die Runde für Fragen im Zusammenhang mit den Ausführungen. Diese wird nicht genutzt.

Der Stadtpräsident übernimmt das Wort für die bevorstehende Abstimmung.

Der Antrag zur Kreditabrechnung Unterhalt der Steganlage sowie Insel- und Bootshafen wird einstimmig genehmigt.

4. Teilzonenplan Mehrzweckhalle

Der Stadtpräsident eröffnet das nächste Traktandum und teilt mit, dass aufgrund der kürzlich erfolgten positiven Urnenabstimmung zur Mehrzweckhalle, jetzt die Umzonung dieser Parzelle hoffentlich ein Selbstläufer sei. Er übergibt dann das Wort dem zuständigen Ressortvorsteher Philipp Gemperle.

Vizepräsident Philipp Gemperle erläutert die Notwendigkeit dieser Umzonung detailliert. Trotz der 3 Ja's zu den Abstimmungen der einzelnen Körperschaften (Primarschule, Sekundarschule und Stadt) sei eine Umzonung in eine öffentliche Zone dieser Parzelle für die Erstellung der geplanten Mehrzweckhalle von Nöten. Die geplante Umzonung sei vom 13. Januar bis zum 1. Februar 2023 öffentlich aufgelegt und es sind keine Einsprachen eingegangen. Die Gemeindeversammlung sei für Umzonungen zuständig und deshalb werde diese heute vorgelegt. Weiter erklärt er, dass für den Bau der Mehrzweckhalle zudem auch beim nächsten Traktandum (Nachführung des Rahmennutzungsplans) ein weiteres letztes "JA" notwendig sei, um die Definition der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen festzulegen, damit diese Mehrzweckhalle gebaut werden kann. Weitere Ausführungen nehme er zu Beginn des nächsten Traktandums vor.

Der Stadtpräsident eröffnet das Wort für Fragen. Die Diskussion wird nicht benutzt. Er lässt darüber abstimmen.

Der Teilumzonung Mehrzweckhalle Zone W3/WA3 in die Zone öffentliche Bauten wird einstimmig zugestimmt.

5. Nachführung des Rahmennutzungsplans (Anpassungen Zonenplan und Baureglement)

Der Stadtpräsident macht einleitend Ausführungen zum bisherigen Hergang. Nach Zustimmung zum Rahmennutzungsplan an der ausserordentlichen Gemeindeversammlung im Jahr 2020 habe es rund 2,5 Jahre bis zur Teilgenehmigung durch den Kanton gedauert. Der Kanton hat dabei der Stadt auferlegt, gewisse Aspekte des Rahmennutzungsplans nachzuführen. Per 1. Januar 2023 konnte folglich nur eine Teilkraftsetzung vorgenommen werden. Die Stadt hat die Zeit genutzt und die nachzuführenden Punkte bearbeitet. Er betont, dass eine Zustimmung zu den restlichen offenen Punkten des Rahmennutzungsplans wichtig sei, wenn die Stadt sich wie gewünscht weiterentwickeln möchte. Er betont, dass nur so die Projekte wie das neue Stadthaus, die Hafenpromenade, Hafenpark-Süd, das Hafenhotel oder die Mehrzweckhalle und auch die Schulhäuser realisiert werden könnten. Weiter könnten zudem wichtige Lücken in der Bauordnung geschlossen werden, welche wiederum Rechtssicherheit schaffen würden. Der Stadtpräsident erinnert, dass das ganze Verfahren seit 2012 andauert und es nun erfreulich wäre, wenn man dieses nun abschliessen könnte.

Anschliessend werden die noch zu beschliessenden offenen Punkte des Rahmennutzungsplans durch den Vizestadtpräsidenten und Ressortvorstehenden ausgeführt und detailliert präsentiert. Die Vorhaben im Bereich Hotterdingen (Aufzonung), im Bereich der Hafenpromenade sowie die weiteren Anpassungen werden konkret und einzeln erläutert. Nach seinen Ausführungen übergibt er das Wort wieder an den Stadtpräsidenten. Der Stadtpräsident eröffnet die Runde für Fragen, bevor über die geheime Abstimmung beschlossen wird.

Fragen und Wortmeldungen

Stefan Fässler

Er wünscht das Wort in Bezug auf die geplante Aufzonung im Bereich Hotterdingen. Er bemängelt, dass der Dialog mit ihm als Eigentümer der angrenzenden Gärtnerei ungenügend war. Aufgrund dieser geplanten Umzonung werde der Sonnenschein auf seine Gewächshäuser erneut eingeschränkt und dies sei bereits das dritte Mal in den letzten Jahrzehnten, dass eine Zonenplanrevision weiteren Schatten für die Pflanzen mit sich bringe. Das angefertigte Schattendiagramm zeige, dass auf einer Fläche von rund 600 m2 kein Kopfsalat mehr wachsen könnte. Die Stadt habe dies ignoriert und man habe nur mit Anwalt kommuniziert. Er bittet deshalb darum, dass der Antrag in Hotterdingen abgelehnt wird, so dass eine einvernehmliche Lösung gefunden werden könne.

Er teilt zudem mit, dass die Stadt nun auf einmal die Verknüpfung mache zwischen dem Rahmennutzungsplan und der Mehrzweckhalle. Er wirft der Stadt vor, dass sie diesbezüglich nicht richtig informiert hat und nun drohe, dass wenn die Zustimmung zum Rahmennutzungsplan nicht erfolge, auch keine Mehrzweckhalle gebaut werden könne. Dies sei ein "fauler Witz". Er stellt den Antrag auf eine geheime Abstimmung des Traktandums. Zudem beantragt er, dass die Zone Hotterdingen rausgenommen werde und zu einem späteren Zeitpunkt nochmals darüber befunden wird.

Der Stadtpräsident dankt für das Votum und präzisiert gegenüber der Versammlung, dass dieser erwähnte Schatten erst dann zum Tragen kommen würde, wenn dort auch in ferner Zukunft tatsächlich höher gebaut werden würde. Aktuell seien diese Parzellen mit Häusern bebaut. Er erklärt zudem, dass das betroffene Gebiet Hotterdingen nicht einfach rausgenommen werden kann, sondern der Rahmennutzungsplan heute als Gesamtpaket vorliege. Man habe dies im Vorfeld extra juristisch abgeklärt. Eine Ablehnung des Antrages des Stadtrates hätte zudem zur Folge, dass vorerst die Erstellung der Mehrzweckhalle nicht realisiert werden könnte, da die Definition zur "Zone für öffentliche Bauten und Anlagen" hierfür zwingend benötigt wird. Er erklärt zudem, dass die Aufzonung im Gebiet Hotterdingen nicht jetzt plötzlich der Fall sei, sondern schon immer Bestandteil war und somit klar gewesen sei.

Rainer Rothe

Er fragt, ob es richtig sei, dass ein Änderungsantrag für dieses Areal - zum Beispiel für 1 Stockwerk weniger hoch - nicht möglich sei?

Der Stadtpräsident verneint dies und erklärt, dass dies nicht möglich ist. Dies bestätigt daraufhin auch der Ressortvorstehende Philipp Gemperle. Er betont, dass man dies nicht erfunden habe, sondern dass dies gesetzlich einfach so geregelt sei.

Herr Rothe insistiert und kann nicht glauben, dass ein Antrag auf eine Reduktion eines Geschosses in dieser Zone nicht möglich sei. Er (der Stadtpräsident) solle erklären, wo dies geregelt sei. Man könne doch jetzt nicht eine Mehrzweckhalle gegen ein lokales Gewerbe abwägen. Dies sei schlichtweg Erpressung.

Philipp Gemperle erwidert, dass er den Artikel nicht gleich zur Hand habe und evtl. sei die Verwaltung im Stande den Artikel in der Kürze ausfindig zu machen. Er mache aber gerne Ausführungen zu den Details.

Herr Rothe erwidert dann nochmals, dass dies ein formales Problem sei und dass er keine Ausführungen wünscht, sondern formal abgeklärt haben möchte, ob die Rückstellung dieses Entscheides möglich sei oder nicht. Der Stadtrat habe es unterlassen, dies abzuklären und somit sei dieses Geschäft zurückzustellen.

Philipp Gemperle führt nochmals aus, dass dies nicht möglich sei. Man habe dies abgeklärt und er erwähnt, dass dies im Übrigen auch schon im Jahre 2020 so der Fall war.

Anschliessend meldet sich der Bausekretär Joachim Schrade aus der Versammlung zu Wort und bestätigt, dass nur Punkte, welche öffentlich aufgelegt haben, der Gemeindeversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden können. Ein materieller Antrag auf Veränderung sei nicht möglich.

Philipp Gemperle geht dann nochmals auf den Hergang der ganzen Thematik ein und erläutert den chronologischen Ablauf, welcher seit 2012 gemacht wurde. Er erklärt nochmals und bekräftigt, dass über das Gesamtpaket abgestimmt werden müsse. Es stellt zudem richtig, dass die Gemeinde nicht einfach den Anwalt geschickt habe, dies stimme so nicht. Es habe mehrere Gespräche zwischen Herrn Fässler sowie der Stadt gegeben und beim Augenschein vor Ort hätte die Stadt einen Anwalt beigezogen, was aber auch üblich sei.

Stefan Fässler meldet sich nochmals zu Wort und teilt mit, dass der Prozess ja schon Jahre dauere und bereits die vorgängige Exekutive sei involviert gewesen, man wollte dies aber einfach nicht ändern, deshalb sei auch nach wie vor ein hängiges Verfahren beim Verwaltungsgericht pendent. Er plädiert nochmals auf ein Zusammenkommen und auf eine gütliche Einigung, da dies sicher schneller gehe als auf Gerichtsentscheide zu warten. Er stellt erneut den Antrag, dass die Umzonung Hotterdingen vorerst aus dem Rahmennutzungsplan gestrichen werde.

Philipp Gemperle erinnert, dass bereits mehrmals Gespräche stattgefunden haben und bei all diesen Gesprächen sei keine Einigung entstanden, weitere Gespräche wären nicht zielführend. Er hält fest, dass zudem die Revision des Zonenplans alleine keinen Schatten werfe, sondern erst mögliche neue Bauten. Der Unterschied zu heute (Zone W2) wären künftig mit der Zone W3 zudem rund 2 Meter. Dies ergebe, gemäss des vorliegenden Schattendiagrammes, im Sommer kaum mehr Schatten und im Winter ein paar Meter. Die genannten 600 m² seien somit bestritten. Er teilt dann noch mit, dass die Stadt auch künftig bereit sei, den Dialog zu suchen, sofern dann das befürchtete Szenario Realität werden könnte. Abschliessend wird vermerkt, dass dahinter keine Willkür stecke, sondern dass das vorgegebene kantonale Ziel der inneren Verdichtung im Raumplanungsgesetz umgesetzt werden müsse. Die Stadt musste so eine Interessensabwägung vornehmen. Die nötige Verdichtung sei auch für die geplante Bahnstation im Hof wichtig.

Tobias Braun

Er möchte wissen, ob dann diese geplante Bahnhaltestelle überhaupt benötigt werde.

Der Stadtpräsident erklärt, dass es immer drauf ankomme. Brauchen tut es sie nicht zwingend, wenn man die öffentliche Verkehrserschliessung für die Mitarbeitenden im Industriegebiet nicht wolle. Sofern

aber weiteres Gewerbeland erschlossen werden sollte, muss innerhalb der nächsten 500 Meter eine ÖV-Anbindungsstelle vorhanden sein. Von daher sei die Bahnhaltestelle sicherlich sinnvoll. Man könne theoretisch mit einer Bushaltestelle erschliessen, eine Bahnhaltestelle sei aber im Vergleich dazu eine viel höhere Aufwertung in Bezug auf die Erschliessungskategorie.

Tobias Braun möchte zudem zu den Äusserungen von vorhin festhalten, dass jeder Investor die mögliche W3 Zone voll ausnützen werde und dass ein solcher bestimmt nur schon aufgrund der Rendite an das Maximum gehen werde. Er fragt, was dann die Auswirkung wäre auf die Mehrzweckhalle, wenn der Rahmennutzungsplan nochmals bis zur Budgetversammlung im Herbst 2023 überarbeitet werden müsste.

Philipp Gemperle gibt zur Auskunft, dass wenn die Stadt weiss, was sie anderes machen soll und dies dann auf den Herbst schafft zu ändern, dann hätte man mindestens ein halbes Jahr auf der Zeitschiene der Mehrzweckhalle verloren. Es habe zudem nicht nur Auswirkungen auf die Mehrzweckhalle, sondern auf alle anderen Entwicklungsgebiete auch. Man sei schlichtweg blockiert. Auch zum Beispiel in der Kernzone in der Innenstadt. Der Stadtpräsident bekräftigt dies und vermerkt, dass in einem solchen Szenario auch die weitere Planung überhaupt hinterfragt werden könnte und die Projekte ins Stocken geraten könnten.

Rainer Rothe

Er möchte nochmals wissen, ob er richtig verstanden habe, dass wenn heute der Rahmennutzungsplan abgelehnt würde, dieser nochmals neu aufgelegt werden müsste.

Philipp Gemperle bestätigt dies.

In der Folge werden die juristischen Folgen bei einer allfälligen Zustimmung sowie die rechtlichen Möglichkeiten für Herrn Fässler geklärt. Der Bausekretär Joachim Schrade teilt nochmals mit, dass auch bei heutiger Zustimmung zur Nachführung des Rahmennutzungsplans der Rechtsweg eines Rekurses für Herrn Fässler offen stehe. Dies betreffe dann aber nur seinen Teil (Hotterdingen).

Es folgt die Frage aus der Versammlung, wieso man sich nicht gefunden hätte.

Philipp Gemperle erklärt, dass man über genaue Details der Gespräche keine Auskunft erteilen kann, aber dass sämtliche Optionen geprüft wurden und dies leider zu keiner Einigung geführt habe. Man sei dann in der Abwägung aller Interessen zum Schluss gekommen, dies so zu planen, wie heute beantragt.

Christine Bachmann

Sie habe gesehen, dass das Zentrum sehr klein ist, wie sieht das Zentrum aus? Wie hoch kann dort gebaut werden?

Philipp Gemperle beantwortet die Frage und teilt mit, dass im Zentrum gemäss Regelbauweise 16,50 Meter in der Höhe zugelassen wären. Dort gelte aber die Gestaltungsplanpflicht, welche so oder so immer zum Zug komme.

Es folgen nochmals verschiedene kleinere Fragen und Wortmeldungen aus der Versammlung und es stellt sich nochmals die Frage, ob jetzt eine Zustimmung notwendig sei für die Mehrzweckhalle.

Der Stadtpräsident bestätigt dies.

Rainer Rothe

Er wirft ihm dann vor, dass dies nicht stimme, sondern der Prozess einfach verzögert würde. Er solle die Frage gefälligst richtig beantworten.

Der Stadtpräsident entgegnet, dass er dies so gemeint habe und sofern jetzt die Mehrzweckhalle vorwärts gebracht werden solle, benötige es aktuell ein "JA" zur Nachführung des Rahmennutzungsplans.

Jan Benhelm

Er möchte wissen, wann der Spatenstich für das Hotel sei, sofern man dem Rahmennutzungsplan zustimme.

Der Stadtpräsident und Philipp Gemperle beantworten die Frage und geben Auskunft zur Zeitschiene. Geplant sei eine erste Abstimmung im nächsten Frühjahr 2024. Philipp Gemperle führt dann noch weitere Details über das geplante Verfahren aus.

Der Stadtpräsident erkundigt sich nach weiteren Fragen. Dies wird nicht genutzt.

Er kommt zurück auf den Antrag von Stefan Fässler zur geheimen Abstimmung. Er erläutert, dass einem solchen gemäss Gemeindeordnung mindestens $\frac{1}{4}$ der anwesenden Stimmberechtigten zustimmen müssten. Dies wären heute 44 Personen. Der Stadtpräsident lässt offen über den Antrag abstimmen und dann detailliert auszählen.

Der Antrag von Stefan Fässler auf geheime Abstimmung wird mit 41 Zustimmenden verworfen.

Der Stadtpräsident schreitet anschliessend zur offenen Abstimmung.

Dem nachgeführten Rahmennutzungsplan wird mit 122 Ja Stimmen zu 26 Nein Stimmen zugestimmt.

6. Mitteilungen und Umfrage

Der Stadtpräsident erläutert die bevorstehenden Planungen zu den grösseren Projekten sowie die geplanten dazugehörigen Abstimmungen in den kommenden Jahren. Weiter macht er auf die in Kürze folgenden Termine der Stadt aufmerksam.

Er eröffnet danach die Runde für weitere Anliegen oder Fragen:

Markus Bösch:

Er möchte im Namen der Grünen Partei gerne zwei Anliegen deponieren. Er macht beliebt, dass man auf dem Parkplatz der Badi ein Solarfaltdach sowie im Bereich Bahnhof eine E-Ladestation für E-Bikes prüft.

Weiter sollte geprüft werden, ob über das Baureglement gewisse Vereinfachungen oder Anreize für E-Ladestationen in Tiefgaragen z. B. bei Mehrfamilienhäusern für Fahrzeuge gemacht werden könnten.

Der Stadtpräsident beginnt die Beantwortung bei der letzten Frage. Es brauche keine Baubewilligung für die Installation einer E-Wallbox, sondern müsse von Vorteil bezüglich dem Lastenmanagement mit dem EW abgesprochen werden. Ein Anreiz über das Baureglement ist eher schwierig.

Der Stadtpräsident erläutert, dass die beiden anderen Ideen oder Anregungen sehr willkommen seien. Der Stadtrat habe sich diesbezüglich auch schon Gedanken gemacht und man behalte diese Themen auf dem Radar. Bezüglich Solardach verweist er zudem auf das aktuell in Arbeit stehende Tourismuskonzept, in welchem auch die Ausrichtung sowie die Sanierung des Seebades thematisiert werde. Weiter macht er noch kurz Ausführungen zum aktuellen Presseartikel zum Thema Hallenbad. Auch hier lässt sich der Stadtrat etwas mehr Zeit als die Stadt Amriswil, man wolle im Rahmen dieses Tourismuskonzeptes gewisse Synergien auf dem ganzen Areal Seebad/Hallenbad/Minigolf prüfen.

Jan Benhelm

Er möchte anmerken, dass er ein echtes Potenzial in diesem Bereich sehe. Auf der ganzen Schweizer Bodenseeuferseite gäbe es keine Thermen mit Wellnessanlagen etc. Er teilt mit, dass dies eine echte Chance wäre, hier etwas zu realisieren.

Der Stadtpräsident gibt ihm Recht und unterstützt diese Haltung absolut. Abklärungen seien derzeit im Rahmen der Tourismusstudie im Gange.

Martin Nafzger:

Er macht noch auf eine Sparmöglichkeit aufmerksam. Er erhalte über einen Verein als Mieter eines Mietobjektes jeden Monat einen Einzahlungsschein per Post. Dies sei unnötig, da er einen Dauerauftrag eingerichtet habe. Er wünscht sich hier mehr Fortschritt und Einsparungen bei der Liegenschaftenbewirtschaftung.

Der Stadtpräsident nimmt dies so entgegen und teilt mit, dass man aktuell daran sei, diese Prozesse im Liegenschaftswesen zu verbessern.

Roger Martin macht abschliessend noch auf den § 98 des Gesetzes über das Stimm- und Wahlrecht aufmerksam und teilt mit, dass eine Rüge gegen die Versammlungsführung jetzt angebracht werden müsste und im Nachhinein innert 3 Tagen an das Departement für Inneres und Volkswirtschaft eingereicht werden müsste.

Der Stadtpräsident fragt nach, ob eine Rüge gemacht werden möchte.

Stefan Fässler

Er teilt mit, dass er den Ablauf der Versammlung rügen möchte. Er möchte den "Buebentrick" rügen, dass die zwei Sachen "Mehrzweckhalle" und "Rahmennutzungsplan" verknüpft worden seien.

Der Stadtpräsident lässt dies so protokollieren und macht nochmals auf die Frist von den 3 Tagen aufmerksam.

Der Stadtpräsident schliesst offiziell die Versammlung und übergibt das Wort an Andrea Roth, CEO der Firma Geobrug AG, welche den Apéro im Anschluss an die Versammlung gesponsort hat.

Romanshorn, 5. Juli 2023

Namens des Stadtrates
Der Stadtpräsident:

Roger Martin

Der Stadtschreiber:

Fabio Bottega

Die Stimmenzählerinnen

Susanna Pfiffner

Yvette Fischer

Karin Fink